W-02

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium:	BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum:	07.09.2019
Tagesordnungspunkt:	W Wohnen

Antragstext

Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des vergangenen Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl und Aluminium, wurden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5° Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung, 2016)

Situation

Der Bausektor ist der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Ressourcenverbrauch - weltweit.

Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2- Fußabdruckes. Die Hälfte unseres Mülls entsteht auf den Baustellen.

Aufgaben

Umweltschutz und gesundes Bauen

Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch an der Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft ging diese Diskussion weitgehend vorbei. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen, Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und Nachhaltigkeitsziele.

30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe und Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung, Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine planetare Belastung.

Das können wir uns nicht mehr leisten!

2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein, überwiegend Primärrohstoffe. Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,

Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa 30.000 t. Das macht Sand und Kies nach Wasser zum wichtigsten Rohstoff unserer Erde. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und Strände werden dort illegal abgebaggert.

Obwohl viel abgerissen wird, ist das Wort Recycling und Wiederverwendung im Bauwesen fast unbekannt. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“, so der Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen, Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche – an Normen und Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist bislang wenig.

Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalte zahlreiche, teilweise höchst problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk, Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und Mikroplastik.

Viele Bauteile, wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen bestehen aus PVC. PVC besteht überwiegend aus halogenierten Kohlenwasserstoffen, die im Brandfall hochgiftige Gase entwickeln oder über Jahrtausende in unserer Umwelt verbleiben. Das übliche PVC enthält zu 56% Chlor. Dieses Chlor ist ein Recyclingprodukt aus der Herstellung von Natronlauge. Wenn ein Recyclingprodukt reines Gift ist, muss man seine Korrektheit und Verwendbarkeit in Frage stellen.

In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt sind. Eine vollständige Deklarierung in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel, was am günstigsten ist.

Urban Mining

Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und Infrastrukturen (Materiallager)ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind ca.10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt. Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in wenigen Fällen erreicht. Niedrige Rohstoffpreise, verbunden mit hohen Lohn- und Nebenkosten, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

Bauwende

Inzwischen ist klar, dass ein ”Weiter so” das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen, bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen. Das unter dem Wachstumsparadigma entstandene Geflecht aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten, die immer noch an immerwährendes Wachstum glauben, bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Eine Bauende ist notwendig. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen, gestalten und umsetzen.

Lebenswerte Städte und Dörfer

Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind Orte,
wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die „sozialisieren“ und damit das Gegenteil der Blasen unserer Social Media. Die Gestaltung des Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und Materialität bedarf großer Sorgfalt.

Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume, die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwenigkeit für die Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

Unsere Antworten und Forderungen

Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur

Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein.

Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung, Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei Städtebau
und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

Wir brauchen für den Betrieb von Gebäuden keine fossilen Energieträger. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren Energien innerhalb der Städte versorgt werden. Auf dem Land ist der Einsatz von regenerativer Energie noch einfacher zu realisieren.

Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das „Wegwerfen“
von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung der „grauer Energie“ im Bestand

unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht es
starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und fachkompetente
Kommunen.

Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht um nutzbar sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten

Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO2-Abdruck werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes.

Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißen sie extrem viel Bauland und Infrastruktur.

Umbaukultur

Für eine ressourcen- und umweltorientierte Bauende reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau, sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien. Viel zu selten wird hinterfragt, ob ein Gebäude überhaupt langfristig in der geplanten Form gebraucht wird. Bestehende Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit.

Sie binden oftmals auch Geschichten und Erinnerungen. Energetisch betrachtet besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch, dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als das Neubauten. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

Lebenszyklusbetrachtung und Zertifizierung

Mit dem Lebenszyklus eines Gebäudes bezeichnet man die gesamtökologischen und -ökonomische Betrachtung eines Gebäudes von der Erstellung über die Nutzung und Modernisierung/ Sanierung bis zum Abriss. Es gilt den Bedarf an Rohstoffen und Energie nicht nur bei der Erstellung, sondern auch bei der Nutzung, Umnutzung und ggf. Abriss zu minimieren. Für eine Ökobilanzierung / Zertifizierung gibt es in Deutschland das von der Bundesregierung eingeführte Zertifizierungssystem BNB - aktuell nur für Gewerbegebäude - und die Datenbank ÖKOBAUDAT. (Ergänzend gibt privatwirtschaftliche basierte und international anerkannte Nachhaltigkeitssiegel wie DGNB BREEM oder Leed.) Wir streben die Nachhaltigkeitszertifizierung kurzfristig für alle öffentlichen Bauvorhaben und mittelfristig für alle Gebäude an. Fördermittel und zinssubventionierte Kreditvergaben müssen an die Einhaltung von nachhaltigen und ökologischen Standards gebunden sein.

Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle

Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von Gebäuden,
Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht

Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- CO2-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die Kreislaufwirtschaft.
- Eine Steuer oder Abgabe auf den Abbau und Einsatz von Primärrohstoffen (Primärbaustoffsteuer), Subventionierung von Recycelten
- Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren Energiebilanz bei der Herstellung.
- Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und kommunale Qualitätsstandards
  für nachhaltiges, ökologisches Bauen und dessen Kontrolle
- Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“(Aufwand zur Herstellung und
  zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde Leistungen schaffen.

Begründung

Gesellschaft und Politik müssen handeln

Der rasant an Fahrt aufnehmende Klimawandel mit global großflächigen Waldbränden, Hitzerekorden und unvorhersehbaren Niederschlägen und Stürmen erzeugt einen ständig zunehmenden Veränderungsdruck, der eine enorme Anpassungsleistung unserer ganzen

Gesellschaft verlangt. Bei sich verknappenden Ressourcen diesen globalen Strukturwandel besser zu bewältigen ist ein zentrales Ziel einer ganzheitlichen Siedlungswende.

Konsistenz, Effizienz, Effektivität und Suffizienz sind die Nachhaltigkeitsfelder unserer Städte und Dörfer. Und Zeit haben wir nicht viel. Daher sind Kommunen, Regierungen und Parlamente gefordert endlich zu handeln. Alle Instanzen unseres Gesellschaftssystems sind betroffen. Ziel einer Siedlungswende muss es sein, durch umfassende Klimaanpassungsstrategien lebenswerte Städte und Dörfer mit verträglicher Mobilität, guter Bildung, gesunden Arbeitsplätze, attraktiven Freizeitangeboten und Teilhabe aller zu schaffen sowie die Treibhausgasemissionen und die Umweltverschmutzung tatsächlich zu begrenzen. Ohne CO2-Abgabe, Steuer oder Preis und starke ordnungspolitische Regelungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen wird das nicht mehr zu schaffen sein. Soziale Belastungen sind dabei auszugleichen und nachhaltige Wirtschaftsweisen zu fördern.